

Die Putin-Medwedjew-Rochade

Johannes Heisig

Russland, Außenpolitik, NATO

Die Globalisierung Russlands wird durch Rohstoffexporte und hohe Investitionen des Westens in den russischen Energiesektor vorangetrieben. Gleichzeitig festigt sich ein hybrides politisches System mit sowohl autoritären als auch demokratischen Elementen. Soll Russland ein zuverlässiger Partner des Westens bleiben, müssen die russischen Interessen sowie die neue außenpolitische Stärke berücksichtigt werden.

Ein Riesenreich mit 17 Millionen Quadratkilometern, noch 146 Millionen Einwohnern und den wahrscheinlich weltweit größten Öl- und Gasreserven erstreckt sich vom Baltikum bis zum Pazifik. Es ist das Kernland eines lange Zeit imperialen Staates, der vom Abschütteln der Tartarenherrschaft im 16. Jahrhundert bis zum Ende des Ost-West-Konflikts nach Expansion strebte, zeitweise sowohl mit innerem und äußerem Imperium und nur in wenigen Schwächeperioden an diesem Drang gehindert: so während der polnischen Besetzung Moskaus Anfang des 16. und während der Bürgerkriegs- und Konsolidierungsphase im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Russland besitzt keine natürlichen Grenzen, während konkurrierende Großmächte über günstigere Randlagen verfügten. Nach Westen und Süden expandierte Russland so weit, bis der Zusammenstoß mit den europäischen Großmächten Einhalt gebot: am heftigsten im Konflikt mit Großbritannien über die Kontrolle der türkischen Meerengen, das als Supermacht des 18. und 19. Jahrhunderts Russlands Ausgreifen ins Mittelmeer blockierte.

Insgesamt agierten die Lenker des Imperiums, zaristische und kommunistische gleichermaßen, konservativ und rational: Sie nahmen, was dem Imperium zufiel, begannen aber keine Kriege um alles oder nichts. Rational auch das Verhalten in Schwächeperioden: Die bolschewistische Revolutionsregierung akzeptierte die Abtrennung weiter Gebiete im Westen, erst durch den Vertrag von Brest-Litowsk (März 1918), dann durch die Wiedergründung Polens und die Unabhängigkeit



Dr. Johannes Heisig,
geb. 1967, freiberuflicher
Redakteur und Lektor
in Berlin.
johheisig@gmx.de

der baltischen Staaten. 1988-90 akzeptierte die Sowjetführung, dass sie den Ost-West-Konflikt wirtschaftlich und militärisch verloren hatte – und gab das äußere Imperium frei.¹ Danach setzten die Völker der Sowjetunion einschließlich Russlands, aus Eigeninteresse am Machterhalt auch die Spitzen der Administration, auf nationale Unabhängigkeit als Mittel der Befreiung vom Kommunismus. Sie teilten das Imperium entlang seiner föderativen Grenzen und vermittelten im Westen den Eindruck, künftig nach westlichen Regeln zu spielen: Keiner bedroht den anderen, freier Handel und Reiseverkehr werden gewährleistet, Streitigkeiten im Dialog beigelegt.

Der Westen, somit die Staaten der Europäischen Union, der NATO und der G7-Gruppe, erwartete irrigerweise, dass ein Moment scheinbarer Interessenidentität mit Moskau zur dauerhaften Überwindung der komplexen und widerspruchreichen Konfliktbeziehung führen könne.² Gorbatschows Moskau hatte das äußere Imperium losgelassen, um das innere vor dem Zerfall zu retten, wobei die Sowjetbürger ihm mehr verübelten, dass Wodka teuer und knapp wurde, als die Entlassung der Polen und Ungarn in die Unabhängigkeit. Im Inneren inszenierten die Partieliten der Teilrepubliken – die Zentralpartei KPdSU war nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch vom August 1991 verboten – einen scheinbaren Nationalismus, um sich an die Spitze der neuen Staaten zu stellen. Tatsächlich hat die Mehrzahl der ‚starken Männer‘, die vom Partei- zum Staatschef mutierten, bis nach der Jahrtausendwende regiert, Nasarbajew (Kasachstan) und Karimov (Usbekistan) tun dies immer noch.

Russland und die Expansion des Westens

Vorsichtige Beobachter warnten 1990 vor Siegestaumel und befürworteten, dass Russland seinen angemessenen Platz als Großmacht im Raum der GUS finde:³ Der abrupte Zerfall der Sowjetunion musste nicht einen endgültigen Umbruch bedeuten, sondern eher eine Etappe auf ungewissem Weg – und Einmischung im postsowjetischen Raum würde dem gesamt-europäischen Friedensinteresse eher schaden als nützen. Die

1 Talbott, Strobe/Beschloss, Michael (1993): *At the Highest Levels. The Inside Story of the End of the Cold War*, Little, Brown & Co., Boston 1993, S. 109-125.

2 Garton Ash, Timothy (1994): *In Europe's Name*, S. 377.

3 Vgl. u.a. Kamp 1992: *The Folly of Rapid NATO Expansion*, *Foreign Policy*, 5/1995, Talbott, *Post Victory Blues*, *Foreign Affairs*, 1/1992.

Vorsichtigen empfahlen eine Pause, um den Konstellationsumbruch einschließlich der Wiederzusammensetzung des deutschen Nationalstaates erst einmal zu verarbeiten und die multinationalen Institutionen des Westens nicht zu überfordern. Andere rieten dazu, gewissermaßen ‚den Sack zuzumachen‘ und den Westen bis an die Westgrenze Russlands hin auszudehnen, sodass die Kräfteverhältnisse sich fulminant verschieben und Russland künftig ein residuales, viel einfacher zu behandelndes Restproblem darstellen würde als die Sowjetunion.⁴ Die Falken mussten einige Verzögerungen hinnehmen, setzten sich jedoch insgesamt durch – die Schwäche Russlands im Chaos der neunziger Jahre lud dazu ein. Dass die euro-atlantische Integration nicht am verschwundenen Eisernen Vorhang stehen bleiben konnte, erscheint nachvollziehbar, nicht aber das Vorrücken der NATO bis vor St. Petersburg und demnächst vielleicht bis Dnepropetrowsk.

Die expansive Sicherheitspolitik des Westens vernachlässigte im Wesentlichen zwei Aspekte: (1) Neue Zeitabschnitte werfen neue Problemstellungen auf und sind deshalb nicht einfach mit den hergebrachten Rezepten zu managen; (2) ungerechte Behandlung bewirkt unberechenbares Verhalten. Auch wenn die Einschätzungen, was Recht und Unrecht ist, auf beiden Seiten weit auseinander gehen, hat die wenig empathische Behandlung Russlands nach 1991 die Etablierung von Demokratie und Zivilgesellschaft erschwert. Nun das Ergebnis: Statt ‚Westernisierung‘ hat Putins Präsidentschaft die Macht-Clan-Herrschaft der Jelzin-Jahre in ein diszipliniertes Regime verwandelt, das im Volk als alternativlos betrachtet wird. Es stellt ein Hybridregime dar, da das Parlament zum Akklamationsorgan reduziert wurde und die Justiz im Zweifelsfall am Gängelband der Kreml-Regieung hängt.⁵

Mit dem großen Preisanstieg bei fossilen Energieträgern kehrte Russland ab 1998 als mächtiger Faktor der internationalen Politik zurück. Die exorbitanten Einnahmen aus dem Rohöl- und Erdgasexport ermöglichten, die Streitkräfte zu konsolidieren und gewissermaßen nebenbei die Staatsschulden zurückzuzahlen. Im Westen wird nun beklagt, dass man sich vor diesem ‚neuen‘ Russland fürchten müsse.

4 Vgl. u.a. Rühle, Zweite NATO-Erweiterung. Die Führungsstärke der Europäer ist gefragt, *Internationale Politik*, 6/2001; Asmus/Nurick 1993: NATO Enlargement and the Baltic States, *Survival*, 2/1996; Asmus/Kugler/Larrabee, Building a New NATO, *Foreign Affairs*, 3/1993.

5 Diamond, Larry: Thinking About Hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy*, April 2002, S. 21-35.

Innenpolitische Koordinaten

Das Parlament ist in Russland in die Irrelevanz abgetaucht. Dass die große Bevölkerungsmehrheit dies nicht als Unglück betrachtet, zeigten die Zustimmungsraten zu Putin von konstant um 70 Prozent, während die Duma auf einen Höchstwert um 30 Prozent kam und regelmäßig darunter liegt.⁶ Dies zeigt, dass die Parteipolitik in Russland wenig Bedeutung hat. Sie konnte ihr Potenzial als Zentrum der Willensbildung in einem demokratischen Staat nicht entwickeln und fiel in den Neunziger Jahren vor allem durch Extremismus auf. Das für Westeuropa und nach 1989 auch für Ostmitteleuropa typisch werdende Parteienspektrum mit jeweils gemäßigten bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien als Zentrum sowie liberalen, ökologischen, kommunistischen und nationalistischen Vereinigungen als Flügelparteien hat sich in Russland nicht etabliert. Die Ursachen für das Scheitern dieser Westernisierung des Parteiensystems in Moskau sind nicht abschließend erforscht. Schreckte die Bevölkerung nicht vor autoritären Lösungen zurück oder waren die Politiker einfach nicht imstande, handlungsfähige Massenparteien zu formen, als dies noch ungehindert von exekutiver Manipulation möglich war?

Seit Putins Amtsantritt wurde die Parteienkonstellation umgewälzt. Gefördert durch die Lenkung der Massenmedien – es gibt kein regierungsunabhängiges Fernsehen mehr – konnte die kremltreue Partei *Vereinigtes Russland* 2003 die absolute Mehrheit der Stimmen gewinnen und wuchs durch Abwerbung anderer Abgeordneter zur Zweidrittelmehrheit heran.⁷ Bereits 2002 empfahl Putin eine „gelenkte Demokratie“, worunter er ein stabiles System von zwei oder drei Parteien verstand.⁸ Die Wahlberechtigten sollten demnach zwischen Alternativen wählen, aber nicht die exekutive Macht wirklich gefährden können. Den Gegenpart zu Vereinigtes Russland bildet ein Bündnis aus drei Parteien (*Partei des Lebens*, *Heimatpartei* und *Rentnerpartei*), die unter dem Namen *Gerechtes*

6 Johnson's Russia Letter, 2007, <http://www.cdi.org/russia/johnson/7132-14.cfm>.

7 Dunlop, John B.: Putin as a State-Builder. CDDRL Working Papers, Center on Democracy, Development and the Rule of Law, Stanford University, No. 39, February 24, 2005. URL: <http://cddrl.stanford.edu>.

8 Heinrich, Hans-Georg 2004: Russland unter Putin: Kontinuität und Wandel. In: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 4/2004, S. 303-316.

Russland zusammengelegt wurden.⁹ Der neue Block erhielt im Wahljahr 2007, an dessen Ende die Parlamentswahlen standen (2. Dezember 2007), ähnlich privilegierten Zugang zum Fernsehen wie *Vereinigtes Russland*. Von Letzterer wird erwartet, dass sie im Schwerpunkt nationale Positionen und den sozialpolitischen *Mainstream* vertritt, während *Gerechtes Russland* sich speziell der Interessen von sozial Schwachen annehmen soll. Für die Außenpolitik sind beide Parteien bedeutungslos. Damit ist die gelenkte Demokratie bereits ins Werk gesetzt, denn der Zweierblock verfügt über 78 Prozent der Parlamentsmandate. Für den Kreml gilt es zu beachten, dass die beiden Quasi-Parteien nicht zu mächtig werden: Falls sie Persönlichkeiten mit breiter Unterstützung in der Öffentlichkeit hervorbringen, wird der Machtapparat gefordert sein, diese entweder zu kooptieren oder ins Abseits zu drängen.

Nach Putin, vor Putin, mit Putin

Die Exekutive bildet das Zentrum der russischen Politik. Den legendären Auftritten Jelzins, die den Beginn eines „Neuen Russland“ demonstrieren sollten, zum Trotz, herrscht in diesem Zentrum eine Kontinuität von der späten Sowjetzeit bis in die Gegenwart. Gefahr für die Bürokratie geht weniger von Radikaldemokraten, sondern eher von charismatischen *Outsidern* aus, wie General Alexander Lebed, der als Kommandeur der 14. Armee in Transnistrien und als Unterhändler in Tschetschenien öffentliche Verehrung erfuhr.

Die Macht präsentiert sich heute als eine geschlossene Gesellschaft von hohen Funktionären der Administration, der staatlichen Unternehmen und der staatlichen Medien.¹⁰ Sie besetzt die Zentrale des Staatsapparates und dominiert die Peripherie: Dies erreichte Putin unter anderem durch Abschaffung des Föderationsrates in Form einer Vertretung der Gouverneure; die jetzige Regionenkammer mit vom Präsidenten ernannten Vertretern besitzt nicht mehr die Funktion, vereinigte Stimme der regionalen Chefs in der Hauptstadt zu sein. Das Personal in den obersten Etagen der Kremlbürokratie hat altersbedingt weitgehend gewechselt. Funktionäre mit langen Parteikarrieren haben

9 Russia Profile, 03.11.2006, Russia Profile Experts' Panel: A Future Role for Putin; <http://www.cdi.org/russia/johnson/2006-247-14.cfm>.

10 Dunlop, Putin as a State-Builder; Shevtsova, Lillija: Putin's Russia, New York 2004 (Introduction).

Personen Platz gemacht, die im letzten Jahrzehnt der Sowjetunion niedrigere Posten in den Apparaten, vorwiegend den Sicherheitsorganen, bekleidet hatten und in den chaotischen Jahren von 1991 bis etwa 1998 in die Vorzimmer der Macht gelangt waren: So nicht zuletzt Vladimir Putin, der vom St. Petersburger Bürgermeister Anatolij Sobtschak gefördert wurde und im Kreml Fuß fasste. Kontinuität erzielte das Netz um den gesundheitlich angeschlagenen Jelzin durch die Auswahl eines Nachfolgers, der nach gut einjähriger Amtszeit als Regierungschef und kommissarischer Präsident ausreichend Unterstützung in der Bevölkerung gewonnen hatte. Putin schuf sich seine eigene Stellung und hing bereits während seiner ersten Amtszeit als gewählter Präsident nicht mehr vom Machtzirkel um Jelzin ab. Mit Ablauf seiner zweiten und verfassungsmäßig letzten Amtszeit muss jedoch auch er über seine künftige politische Rolle verhandeln. Bis er seine Amtsgeschäfte an Medwedjew am 2. Mai übergibt und seine formale Macht noch besteht, kann Putin Personalentscheidungen treffen, wie die Bestellung von Subchow zum Regierungschef im Herbst 2007.¹¹ Nun zielt Putin offensichtlich und unwidersprochen darauf, dass er ab Mai 2008 als Regierungschef die faktische Macht ausübt, während Präsident Medwedjew eine eher zeremonielle Stellung einnimmt.¹² Dies bereitet Putin durch Kandidatur auf Platz 1 der Liste von *Vereinigtes Russland* vor, sodass er nach dem 2. Mai ein Parlamentsmandat annehmen könnte.¹³ Auch ein Plan B scheint denkbar: Der neue Präsident tritt nach einer Anstandsfrist zurück, worauf Putin erneut zweimal zum Präsidenten gewählt werden könnte: Die Verfassung untersagt lediglich, dass ein Bewerber dreimal hintereinander gewählt wird.

Auch über Pläne C, D etc. wurde orakelt, z. B. mit Putin als Sprecher des Föderationsrates, als Vorsitzender von *Vereinigtes Russland*, was selbstredend Mitgliedschaft voraussetzen würde,¹⁴ als Vorstandschef von Gazprom oder gar als Präsident einer noch zu gründenden Stiftung für politischen Gedankenaustausch, die faktisch als Schaltzentrale für Strippenzieher fungiert.¹⁵ Alle

11 Putin formulierte als Bedingung der Regierungschef-Lösung, dass der neue Präsident sich für eine effektive Zusammenarbeit eignen müsse. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.10.2007: Das System Putin.

12 The Economist Intelligence Unit: Russian Politics. Putin and the presidency post-2008. 28.10.2006; <http://www.intelligence-summit.blogspot.com/2006/10/russia-politics-putin-and-presidency.html>.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.10.2007: Putin Spitzenkandidat der Kreml-Partei.

14 Russia Profile Experts' Panel: A Future Role for Putin. <http://www.cdi.org/russia/johnson/2006-247-14.cfm>.

15 Putin and the presidency post-2008. <http://intelligence-summit.blogspot.com/2006/10/russia-politics-putin-and-presidency.html>.

Pläne, A bis D und darüber hinaus, müssen mit Fragezeichen versehen werden, da Putin noch das Moment der Überraschung nutzen kann, wie es mit der Ernennung von Sobchow und mit der informellen Nominierung des noch folgsamer wirkenden Medwedjew geschah.

Auch grundsätzliche Erwägungen müssen hier zum Zweifeln anregen: Der Exekutivstaat hat eine Machtstruktur und ein Bewegungsgesetz: Alle Personen in dieser Struktur sind in der Vorwärtsbewegung oder zumindest statisch, nicht vorgesehen sind aber vorübergehende Absteiger, die auf einen niedrigeren Posten zurückgehen. Macht und Legitimität sind identisch, Loyalität wird in beiden Richtungen geübt. Kann die Karawane einfach mit Putin umziehen und in den Präsidentialbereich zweitrangige Figuren aufrücken lassen? Das erscheint allzu optimistisch. Eher sind Machtkämpfe zu erwarten, die zu einer Neustrukturierung der Loyalitäten führen. Hierbei wird die formale Stellung des neuen Präsidenten großes Gewicht haben, da sie stabiler und schwerer zu erschüttern ist als jene des Regierungschefs. Deshalb könnte Putin in einem Machtkampf schnell ‚den Kürzeren ziehen‘. Diesem Drift wird sich der neue Präsident, mag er anfangs seine mindere Rolle auch akzeptieren, nicht dauerhaft entziehen können. Die Verlockung, auch faktisch Präsident, also ‚der Chef‘ zu sein, dringt allmählich durch – oder seine Umgebung wird ihn dazu drängen. Es erscheint nicht abwegig, dass Putin eine falsche Fährte gelegt hat, um die Nachfolgediskussionen vom tatsächlichen Plan abzulenken: Er verlässt im Mai 2008 das Machtzentrum und das eingespielte System der Loyalitäten bleibt erhalten, nun mit Dimitri Medwedjew als Frontmann. Zum Premierminister und potenziellen Medwedjew-Nachfolger könnte Verteidigungsminister Sergej Iwanow bestellt werden, der sich bei der Konsolidierung der Streitkräfte und der Entwicklung neuer Raketenwaffen profiliert hat.¹⁶ Er besitzt die größte Hausmacht in der Bürokratie, so dass er dieses Amt als Schwergewicht antreten würde. Und dem jungen *Elder Statesman* Putin stehen internationale Ämter mit viel Prestige offen, aber ohne Bezug zur Macht in Russland.

16 Hansen: Anyone Care to Wager on Russian Politics. http://www.theregister.co.uk/2007/08/20/russia_unibet_intrade_odds/.

Außenpolitische Koordinaten

Russlands gegenwärtige Außenpolitik ruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Kooperation, regionale Vormacht und *Balance of Power*. Foren der Kooperation sind die G8, der NATO-Russland-Rat, der VN-Sicherheitsrat und die WTO, themenbezogen auch informelle Regimes wie das Nahost-Quartett und die Iran-Kontaktgruppe. Es geht darum, sicherheitspolitischen Einfluss auszuüben und ein Klima der gutwilligen Partnerschaft zu schaffen, das für Russlands Energiehandel mit West- und Mitteleuropa den notwendigen Rahmen bildet. Gleichzeitig soll die regionale Vormachtstellung innerhalb der GUS verstärkt werden, wobei neben der spannungsreichen Beziehung zum ‚Betriebsunfall‘ Georgien (starke USA-Orientierung des Saakaschwilki-Regimes) zwei Großprojekte die Agenda beherrschen dürften:¹⁷ Die stärkere Annäherung des Ostens und Südens der Ukraine mit dem Ziel eines Beitritts zur Russischen Föderation und die staatliche Zukunft von Belarus, die mit Sicherheit nicht aus einer Lebenszeitdiktatur von Lukaschenko bestehen wird. Solange dieser brutal regiert, würde eine Intervention Russlands im Westen als Rettung entschuldigt werden – es bleibt dem Nachfolger Putins überlassen, dafür geeignete Anlässe zu schaffen. Drittens strebt der Kreml nach Stärkung von Gegenachsen und Gegengewichten zum westlichen Block, wobei sich insbesondere die Stützung von *States of Concern* empfiehlt, wie die *Rogue States* inzwischen in Washington genannt werden. Es geht weniger um aktive Unterstützung mit Waffen oder Militärberatern, sondern um diplomatische und materielle Hilfestellungen, die den Unruheherd erhalten und dem Westen eine Diversifizierung, wenn nicht Verzettelung seiner diplomatischen und militärischen Ressourcen aufnötigen. Insbesondere Kuba, Venezuela, Serbien/Kosovo, Syrien, Iran, Nordkorea, Afghanistan und Irak – in aufsteigender Bedeutung – kosten Kraft und verschließen sich einer Befriedung in absehbarem Zeithorizont. Diese Konfliktzentren offenbaren Brüche im westlichen Lager: Die einen sehen prioritäre, die anderen nachrangige Interessen, wieder andere lehnen ein militärisches Engagement grundsätzlich ab, in mehreren Fällen sind die USA isoliert. Einseitig konfrontative Schritte Russlands bleiben die Ausnahme: Denn

17 Herd, Graeme P.: Colorful Revolutions in the CIS. "Manufactured" vs "Managed" Democracy? In: Problems of Post-Communism, March/April 2005, S. 3-18.

Schulterschlüsse im NATO-EU-Block gegen Russland sollen gerade vermieden werden, sodass Moskau in einer unsicheren internationalen Umgebung seine Einflussbereiche ausbauen kann.¹⁸

Die viel befürchtete Achse Moskau-Peking kann aus diesem Szenario ausgeblendet werden, da sie keine Basis hat. Beide Staaten sind sich in der Ablehnung westlicher Einmischung einig, was ihre inneren Angelegenheiten anbetrifft, und kritisieren den westlichen Weltbeherrschungsdrang. Damit erschöpfen sich jedoch die Gemeinsamkeiten. Unbeglichene Rechnungen kommen zum Vorschein: Die Pekinger Führung betrachtet es nicht als letztes Wort der Geschichte, dass die späten Zaren weite chinesische Territorien in Ostsibirien ihrem Staat einverleibt und die „Äußere“ Mongolei ausgegliedert hatten. Eine militärische Dimension hat dieser Konflikt auf absehbare Zeit nicht, vielmehr kann durch fortgesetzte Einwanderung von Chinesen in das von nur etwa 35 Millionen Russen bewohnte Sibirien (über drei Viertel der Landesfläche) die Machtbalance in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig verschoben werden.¹⁹

Geschundene Gesellschaft

Die gesellschaftlichen Probleme haben sich seit 1991 extrem verschärft. Einziger Lichtblick der Putin-Jahre bleibt die Eindämmung der Kriminalität, die mit dem Turbokapitalismus der frühen Neunziger Jahre um sich gegriffen hatte. Putin erreichte, dass der Staat zumindest im öffentlichen Raum sein Gewaltmonopol wieder durchsetzt.²⁰

Schlimme Zustände herrschen auch weiterhin in den Gefängnissen, die etwa jede 90. erwerbsfähige Person in Haft halten. Sie sind Orte systematischer Misshandlung, Bandenkriminalität, Korruption, Drogenhandel und der Ausbreitung von Tuberkulose und HIV/Aids, verursacht durch Überbelegung, Frischluftmangel, den gemeinsamen Gebrauch von Injektionsnadeln und Vergewaltigungen.²¹ Gewaltexzesse verzeichnet auch die Armee:

18 Piontkovskij, Andrej 2005: Russland und der Vierte Weltkrieg. Ein etwas anderes Schachbrett. In: Osteuropa, Nr. 1/2005, S. 103-111.

19 Hansen, Fleming Splidsboel 2005: A Grand Strategy for Central Asia. In: Problems of Post-Communism, March/April 2005, S. 45-54.

20 Colton, Timothy J. and McFaul, Michael 2003: Russian Democracy Under Putin. In: Problems of Post-Communism, July/August 2003, S. 12-21.

21 Antonio Maria Costa, Executive Director, United Nations Office on Drugs and Crime, CCO Ministerial Meeting, Moscow, 1st April, 2005.

Bis zu zwei Prozent eines Wehrpflichtigenjahrgangs überlebt den Wehrdienst nicht. Die Gedienten bringen die Erfahrungen von Gewalt und Sadismus ins Zivilleben mit²², wo sich das hohe Gewaltniveau auf die Partnerbeziehungen überträgt: Mindestens 12.000 Russinnen werden pro Jahr von ihren männlichen Partnern getötet. Die Polizei hilft bei Misshandlungen von Frauen in der Regel nicht, da dies nach Mehrheitsmeinung als „normal“ gilt. Ein im Westen nicht nachvollziehbares Maß an Frauenverachtung gibt pauschal den Frauen die Schuld, wenn sie schwere Körperverletzungen und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erleiden. Auch die mehreren Hunderttausend Russinnen (wie auch Ukrainerinnen und Weißrussinnen), die sich von Zuhälterrinnen anheuern ließen und in westlichen Ländern als Zwangsprostituierte festgehalten werden²³, gelten in Russland nicht als Opfer, sondern als Übeltäterinnen, die über das Land Schande bringen. Dementsprechend hat die russische Regierung das Problem Zwangsprostitution bis heute nicht anerkannt. Hilfe wird punktuell von kirchlichen und karitativen Organisationen aus dem westlichen Ausland geleistet. Diese stehen im latenten Konflikt zu lokalen Behörden, die mit dem neuen Gesetz über zivilgesellschaftliche Vereinigungen mehr Sanktionsinstrumente an die Hand bekamen.

Russland: neues Zentrum globaler Krankheiten

Die kritische Einstellung der Staatsmacht erfahren Trägerverbände von Frauenkrisenzentren ebenso wie Hilfseinrichtungen, die sich um HIV-Infizierte, Aids-erkrankte und Drogenabhängige kümmern, wobei Letztere rund 85 Prozent aller HIV-Infizierten ausmachen.²⁴ Die Drogenschwemme resultiert aus der Nähe Russlands zu den Anbaugebieten in den zentralasiatischen Republiken und Afghanistan. Seit Auflösung der Sowjetunion expandierte der Opiumanbau um ein Vielfaches.

Der Staat betrachtet HIV/Aids als selbstverschuldetes Übel und unternahm bislang keine Anstrengungen, um die Preise für HIV-Medikamente signifikant zu senken, wie es in den meisten anderen Weltregionen bereits geschehen ist.

22 Mikich, Sonia: Menschenrechtspreis an die russischen Soldatenmütter; 01.08.2000. http://www.dfg-vk.de/4_3/2000_2_m.htm.

23 Vgl. The Coalition against Trafficking in Women, Coalition Report 2004. <http://www.catwinternational.org/>.

24 Wilson Center, 07.01.2005: Senior Scholar Warns of Impending AIDS Crisis in Russia. http://www.wilson-center.org/index.cfm?fuseaction=news.item&news_id=104255.

Substitutionsprogramme für Abhängige könnten nachhaltige Wirkung erzielen, da der Hauptübertragungsweg generell verbaut wäre.²⁵ Russland, die Ukraine und Belarus erwarten in den nächsten 15 Jahren eine Verschärfung dieser Krisen, da die Neuinfektionsrate nicht gefallen ist und immer mehr seit etwa 1995 infizierte Personen in fortgeschrittene Krankheitsstadien kommen. Bislang sind in Russland rund 450.000 Menschen an Aids gestorben. Gegenwärtig sind in Russland etwa eine Million und GUS-weit etwa zwei Millionen Menschen HIV-infiziert. Genaue Angaben sind schwierig, da die Betroffenen wegen der Registrierung staatliche Gesundheitseinrichtungen nach Möglichkeit meiden.

Gewalt als Paradigma

Gewalt erscheint als Konstante im gegenwärtigen Russland: in Form eines vielfach höheren Gewaltniveaus in der Gesellschaft und in der Gewaltanwendung durch staatliche Organe. Als Erscheinungsformen der Gewalt sind auch die Rechtsunsicherheit, die Willkür der Justiz und die Notwendigkeit zu bewerten, sich bei unternehmerischen und politischen Aktivitäten durch ein schützendes Netz (ein ‚Dach‘ in russischer Diktion) von Staatsbediensteten, Politikern und gelegentlich auch Halbweltfiguren abzusichern. Wer ohne ‚Dach‘ arbeitet, läuft Gefahr, dass ihre oder seine Gegner die Justiz mit fabrizierten Anklagen zum Einsatz bringen oder Schlägertrupps und immer wieder auch Killerkommandos aussenden. Für den Journalismus können als prominentes Gegensatzpaar der Kreml-Hofberichterstatter Andrej Kolesnikow mit exklusivem Zugang zum Präsidenten und die am 7. Oktober 2006 ermordete Anna Politkovskaja angeführt werden. Sie hatte über den Guerillakrieg in Tschetschenien berichtet, was ohnehin die Gefahr von Strafverfolgung birgt. Der unabhängige Journalismus ist noch nicht beseitigt, da es weiterhin oppositionelle Zeitungen gibt und das Internet neue Wege der Kommunikation eröffnet hat. Nach mehrheitlicher Auffassung in Russland ist der investigative Journalismus jedoch kein „Leuchtturm der Demokratie“, sondern ein permanenter Anschlag auf die Einheit und Stärke des Landes. Dies wird auch den ausländischen, überwiegend amerikanischen

25 Vgl. Gerlach 2000: Methadon-Substitution an der Jahrtausendwende, 09.10.2000; <http://www.indro-online.de/saarbruecken2000.htm>

Politikstiftungen vorgeworfen, die in Georgien und der Ukraine halbe Revolutionen mit angeschoben haben und in Russland deshalb unerwünscht sind.

Nach den Wahlen vom Dezember 2007 (Duma) und März 2008 (Präsident) steht Russland als gestärkte Großmacht auf der internationalen Bühne. Der Anspruch Russlands, seit Auflösung der Sowjetunion vor 16 Jahren als *Big Player* respektiert zu werden, erscheint für die Russlandpolitik sinnvoll. Seine Einbindung in die multinationale Krisendiplomatie gehört wesentlich dazu. Mehr Hilfsangebote an Russland, die Ukraine und Belarus zur Bewältigung der Gesundheitskrise und für einen effizienteren Rechtsstaat könnten sich anschließen, aber ohne Schulmeisterei. Ein funktionierender Rechtsstaat und eine friedlichere Gesellschaft in Russland würden die Chancen auf ein dauerhaft kooperatives Verhältnis mit dem östlichen Nachbar erhöhen.

